

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadt Halle weist die im SPIEGEL-Artikel vom 30.03.2013 (S. 24) getroffenen Äußerungen und Unterstellungen gegenüber der Stadt und seiner Bevölkerung zurück.*
2. *Die Stadtverwaltung wendet sich an den Deutschen Presserat und beantragt eine Beschwerde zum Vorfall.*
3. *Die Stadt Halle fordert den SPIEGEL zur Richtigstellung auf.*
4. *Die Stadtverwaltung lädt die SPIEGEL-Chefredaktion und den verantwortlichen Artikel-Redakteur in die Stadt Halle ein und informiert zum Thema „Rechtsextremismus in Halle“ vor Ort. Dies schließt die Möglichkeit ein, dass die hallesche Bevölkerung sich daran beteiligen kann.*